

Die Oktoberrevolution in der Wahrnehmung der deutschen Sozialdemokratie

Um eingangs voreilige Scheingewissheiten zu vermeiden: Kein einziger Begriff im verwendeten Titel ist eindeutig. Dies betrifft nicht allein die Oktoberrevolution, die nach unserer gregorianischen Zeitrechnung am 7. November 1917 begann. Sie ließe sich mit der vorausgegangenen Februar- oder Märzrevolution auch zur Russischen Revolution 1917 zusammenfassen. Die Entwicklung zwischen den russischen Februar- und Oktoberereignissen würde dann nicht als zweite Revolution, sondern als zweite *Phase* dieses Revolutionsjahrs gelten. Zum Vergleich: In der neueren Geschichtsschreibung ist meist von der deutschen Revolution 1918/19 die Rede und seltener nur von der Novemberrevolution 1918. Auch die Französische Revolution wird historisch seit dem Auftakt des Juli 1789 in Entwicklungsphasen untergliedert, ohne dass wir von *zwei* Revolutionen ausgehen. Ganz ähnlich wie Februar- und Oktoberrevolution häufig kontrastiert werden, ist seither umstritten, was die deutsche Sozialdemokratie umfasst. Die Mehrheit der im April 1917 gegründeten USPD gehörte aber sicher dazu; denn sie zählte in ihren Reihen nicht nur des »Arbeiterkaisers« (August Bebel) »Kronprinzen«, den Rechtsanwalt Hugo Haase, sondern auch die namhaftesten Parteitheoretiker der Vorkriegs-SPD bis hin zum Revisionisten Eduard Bernstein. Nicht einmal wo die Grenzen des Verständnisses von »deutsch« liegen, war damals geklärt. Die Wiener *Arbeiter-Zeitung* bezeichnete die eigene Partei auch in jenen Revolutionsmonaten zuweilen als »deutsche Sozialdemokratie Österreichs« und häufiger als »deutsche Sozialdemokratie in Österreich«.¹ Zumal nach dem russischen Zaren anderthalb Jahre später neben der preußischen Hohenzollern- auch die Habsburger-Monarchie stürzte, gehören Seitenblicke nach Österreich zum komplettierten Bild dieser »Epoche der Revolution am Ende des Ersten Weltkriegs«.²

1 Arbeiter-Zeitung (im Folgenden: AZ) vom 19. August 1917 (S. 3, linke Spalte) und vom 4. Januar 1918 (S. 2, mittlere Spalte); sogar auf der Titelseite fand sich die Variante »... in Österreich«: AZ vom 20. und 25. Oktober 1917 sowie vom 21. Januar 1918.

2 So der Titel bei Detlef Lehnert: Die Epoche der Revolution am Ende des Ersten Weltkrieges 1917–1920. Eine historisch-komparative Problemskizze, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. 15. Linzer Konferenz 1979, Wien 1981, S. 70–107; siehe auch Francis L. Carsten: Revolutionäre Situationen in Europa 1917–1920, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Bonn 1978, S. 375–388; sowie Gerald D. Feldman/Eberhard Kolb/Reinhard Rürup: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift (im Folgenden: PVS) 13 (1972), H. 1, S. 84–105.

1. Vorgeprägte Wahrnehmungsmuster seit 1904/05

Mit einer letzten Frage zur Terminologie verbindet sich diese Ausgangsthese: Die meisten Wahrnehmungsmuster (im Sinne strukturierter Perzeption, nicht – kaum möglicher – unmittelbarer Anschauung) der Oktoberrevolution in der deutschen Sozialdemokratie waren stark von früheren Blicken auf russische Parteiverhältnisse vorgeprägt.³ Rosa Luxemburg bezeichnete schon 1904 in einem Artikel zu den »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« Lenin als Vertreter der »ultrazentralistischen Richtung«.⁴ Sein Parteikonzept nannte sie »eine mechanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen«. Ihr Fazit lautete am Vorabend der ersten russischen Revolution: »Fehlritte, die eine wirkliche revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer als die Unfehlbarkeit des allerbesten ›Zentralkomitees‹«.⁵ Die russische Revolution 1905 wurde von Rosa Luxemburg, »gerade weil sie ein stark verspäteter Nachzügler der europäischen Revolutionen« war, als »ein ganz besonderer Typus für sich« charakterisiert. Dabei erwähnte sie angesichts der im Vergleich mit der westlicheren 1848er Revolution ausgeprägten Schwäche bürgerlicher Revolutionsträger die vorauseilenden Aktionen im Gefolge »der jahrzehntelangen unermüdlichen Maulwurfsarbeit der sozialistischen, genauer gesprochen der sozialdemokratischen Agitation«.⁶

Auch Leo Trotzki hatte im Theorieorgan der SPD *Die Neue Zeit* ursprünglich so wie Rosa Luxemburg den »Verschwörerzug« kritisiert, welcher »der Partei in der Zeit vor der Revolution, besonders der Fraktion der Bolschewiks eigen war«. Dort bemängelte er ferner die »boykottistische Tendenz, die durch die ganze Geschichte des Bolschewismus geht – Boykottierung der Gewerkschaften, der Reichsduma, der Gemeindevertretungen usw.«.⁷ Als zukunftsweisendes Element betrachtete er schon in der Revolution von 1905

3 Die Studie von Peter Lösche: *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920*, Berlin 1967, befasst sich erst nach fast 100 Seiten Vorgeschichte mit der Oktoberrevolution und widmet sich ebenfalls länger als dieser auch den Nachwirkungen bis zur »Erstarrung des Bolschewismusbildes« (S. 248).

4 Alle Hervorhebungen dieses Beitrags in Zitaten entsprechen dem jeweiligen Original.

5 Rosa Luxemburg: *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie*, in: *Die neue Zeit* (im Folgenden: NZ). Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie 22 (1904), Bd. 2, H. 42, S. 484–492 u. H. 43, S. 529–535, Zitate S. 486, 489 u. 535. Kautsky nahm die Erwiderung Lenins wegen der Offenlegung tiefer Gegensätze in der russischen Partei nicht zum Druck an, bot aber an, eine auf die von Rosa Luxemburg angesprochenen Organisationsfragen umgearbeitete Fassung zu publizieren, so im Brieftext nachlesbar bei Dietrich Geyer: *Die russische Parteisplaltung im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1905*, in: *International Review of Social History* 3 (1958), H. 2, S. 195–219, hier S. 218 f.; der zweite Teil der Studie Geyers, ebd., H. 3, S. 418–444 mündet in das Fazit, dass »die parteioffizielle Haltung gegenüber den Problemen und Kämpfen der russischen Sozialdemokraten nach den Einsichten der Jahre 1904 und 1905 kaum wesentlich modifiziert worden« ist (S. 444).

6 Rosa Luxemburg: *Die Revolution in Rußland*, in: NZ 23 (1905), Bd. 1, H. 18, S. 572–577, Zitate S. 574 f.

7 N. Trotzky [Leo Trotzki]: *Die Entwicklungstendenzen der russischen Sozialdemokratie*, in: NZ 28 (1910), Bd. 2, H. 50, S. 860–871, Zitate S. 865 f.

den »Arbeiterdeputiertenrat« von Petersburg: »Endlich zeigte die Revolution durch die allgemeine Organisation der Arbeiterräte, daß sie eine Macht zu schaffen verstände.«⁸ Mit Blick auf die Ereignisse von 1905 sprach er im Kontext des Zugeständnisse enthaltenden Zarenmanifests jenes Monats vom »Oktoberhalbsieg« infolge eines »Oktoberansturms«; das verschaffte diesem späteren Revolutionsmonat eine frühe Ehre.⁹ Was Trotzki in der *Neuen Zeit* propagierte, hätten aber damals auch deutsche Parteitheoretiker ähnlich formulieren können: »Die Taktik der Sozialdemokratie ist weder an die Barrikade noch an den Ladentisch des Konsumvereins gebunden. Sie benutzt alle Formen und Methoden der Tätigkeit, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu klären und sie zu einer selbständigen Organisation zusammenzuschweißen.«¹⁰ Zum 25. Jubiläumsjahr dieses Theorieorgans der SPD betonte Trotzki »die Tatsache des tiefen Einflusses der deutschen Sozialdemokratie auf die russische Partei«.¹¹ Er hatte in Odessa eine deutsche Schule besucht und daher so wenig Probleme des Sprachzugangs wie in umgekehrter Perspektive Rosa Luxemburg, die ihrerseits schon in der Schule neben Polnisch auch Russisch gelernt hatte.

Hingegen konnte Bernstein wegen Haftandrohung aus der Zeit des Sozialistengesetzes erst 1901 aus dem Londoner Exil zurückkehren und betrachtete die Kontinentalwelt sozusagen durch eine »englische Brille«; sie hatte ihm freilich auch der Marx ein Dutzend Jahre überlebende Engels mit vererbt. Bernstein hob in der Revolution von 1905 hervor, trotz des rückständigen Agrarsektors habe »Russland Städte und Industriezentren, die bedeutend grösser sind als die Englands und Frankreichs in den Jahren ihrer Revolution, und in diesen Zentren eine zahlreichere und wesentlich anders geartete, modernen Ideen zugängliche Arbeiterschaft«. Dennoch könne insgesamt diese erste russische Revolution in »der Hauptsache [...] nur eine bürgerlich-liberal-demokratische sein«.¹² Dem stand anscheinend ein anderer Hinweis von Bernstein entgegen: »In der nach Millionen zählenden proletarischen jüdischen Bevölkerung hat die russische Revolution ein schier nicht zu erschöpfendes Kraftreservoir.« Aber weil die gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse andere waren, kritisierte Bernstein die neben den Bolschewiki auch vom Jüdischen Arbeiterbund Russlands ausgegebene Boykottparole gewissermaßen doppelstrategisch: »Eine energische Ausnutzung des *Dumawahlrechts* auf allen Stufen braucht der ausserparlamentarischen revolutionären Aktion, die in Russland heute noch geboten ist, keinen Eintrag zu tun, könnte sie vielmehr ergänzen und fördern.«¹³ Auch der später als Menschewiki-Internationalist bekannte Julius Martow bemängelte im SPD-Theorieorgan an den Parteigängern Lenins, dass sie »die mächtige, die Massen

8 Trotzky: Der Arbeiterdeputiertenrat und die Revolution, in: NZ 25 (1907), Bd. 2, H. 29, S. 76–86, Zitat S. 77 f.

9 Ebd., S. 80 u. 82.

10 Trotzky: Entwicklungstendenzen (Anm. 7), S. 871.

11 Trotzky: Über den Marxismus in Rußland: zum fünfundzwanzigsten Jubiläum der »Neuen Zeit«, in: NZ 26 (1908), Bd. 1, H. 1, S. 7–10, Zitat S. 7.

12 Eduard Bernstein: Revolution und Russland, in: Sozialistische Monatshefte (im Folgenden: SM) 9 (1905), H. 4, S. 289–295, Zitate S. 290 u. 292.

13 Ders.: Fragen der Taktik in Russland, in: SM 10 (1906), H. 3, S. 208–217, Zitate S. 213 u. 217.

revolutionierende Wirkung unterschätzen, die aus scharfen parlamentarischen Konflikten hervorgehen muß«. Das meinte unter den Bedingungen des späzaristischen russischen »Scheinkonstitutionalismus«¹⁴ keine vornehmlich parlamentarische Taktik. Vielmehr sollte die auf höchst ungleichem Stimmrecht basierende Wahlmobilisierung genutzt werden, gleichzeitig im Protest breiter fundierte Volksausschüsse in »revolutionärer Selbstverwaltung« zu besetzen; dergestalt sei es möglich, verbunden mit »Massenkundgebungen den Moment vorzubereiten, in dem der siegreiche Aufstand des Volkes mit einem Schlage den gordischen Knoten der russischen politischen Verhältnisse durchhauen kann«.¹⁵ Als einige Jahre darauf in preußischen Wahlrechtskämpfen die Losung Rosa Luxemburgs auftauchte, das deutsche Proletariat möge in Massenstreiks sozusagen »russisch reden«, setzte Martow dem seine Position entgegen: »Die russische Sozialdemokratie redete allzu eifrig »russisch« auch dann, als die gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands schon so weit fortgeschritten waren, daß sie »europäisch« reden konnte.«¹⁶ Damit unterschätzten wohl beide kontroversen Dialogpartner die Differenzen zwischen den damaligen russischen und preußisch-deutschen Verhältnissen.

Der SPD-Cheftheoretiker Karl Kautsky fühlte sich zwar nach der Revolution von 1905 »den russischen Genossen gegenüber in der Stellung des *Lernenden*«; er beantwortete dennoch von dort einfließende Grundsatzfragen für das deutsche Lesepublikum durchaus pointiert. Für ihn war das »Zeitalter der *bürgerlichen* Revolutionen« im Sinne einer Trägerschaft der Bourgeoisie »abgeschlossen, auch für Rußland«. Man könne aber nicht behaupten, dass diese Revolution bereits »eine sozialistische sei. Sie vermag auf keinen Fall das Proletariat zur Alleinherrschaft, zur Diktatur zu bringen. Dazu ist das Proletariat Rußlands zu schwach und zu unentwickelt.« Zwar sei es »sehr wohl möglich, daß im Fortgange der Revolution der Sieg der sozialdemokratischen Partei zufällt«. Solch eine politische Führungsrolle könne allerdings nicht die ökonomische Basis ersetzen: »Ohne die Bauern können wir in Rußland so bald nicht siegen. Daß die Bauern Sozialisten werden, ist jedoch nicht zu erwarten.« Es bleibe »unmöglich, die moderne Produktionsweise auf der Grundlage der Dorfgemeinde in eine höhere Produktionsweise überzuführen«. Resümierend wollte Kautsky die Russische Revolution als »einen ganz eigenartigen Prozeß« gewürdigt sehen; er legte abschließend ein Perzeptionsmuster nahe, »daß wir da völlig neuen Situationen und Problemen entgegengehen, auf die keine bisherige Schablone paßt«.¹⁷

14 Max Weber: Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus, in: ders.: Zur Russischen Revolution von 1905 (MWG I/10, Studienausgabe), hg. von Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1996, S. 105–328. Auch L. Martoff [Julius Martow]: Der Staatsstreich in Rußland, in: NZ 25 (1907), Bd. 2, H. 42, S. 516–528 spricht von »Pseudokonstitutionalismus« und »Scheinkonstitutionalismus« (S. 524f.).

15 L. Martoff: Die erste Epoche der russischen Revolution (II.), in: NZ 24 (1906), Bd. 1, H. 2, S. 52–60, Zitate S. 59f.

16 Ders.: Die preußische Diskussion und die russische Erfahrung, in: NZ 28 (1910), Bd. 2, H. 51, S. 907–919, Zitat S. 919.

17 Karl Kautsky: Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution (Schluß), in: NZ 25 (1907), Bd. 1, H. 10, S. 324–333, Zitate S. 331–333.

2. Von Wahrnehmungen der Bolschewiki als Friedenspartei zum historischen Bruch im Januar 1918

In sozialdemokratischer Tagespresse wurde noch im Zeichen der Oktoberereignisse 1917 daran erinnert, die »russische Demokratie« habe sich bereits nach der Frühjahrsrevolution »das Ziel gesetzt, einen baldigen Frieden, einen ›Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker‹ herbeizuführen«. ¹⁸ Erst im Sommer 1917 wurden die Namen Lenin und Trotzki über einen engen Kreis Interessierter hinaus auch der deutschen und österreichischen (Partei-) Öffentlichkeit bekannter. ¹⁹ Eine Voraussetzung für die anfangs positive Einschätzung der Oktoberrevolution war das negativere Bild von der vorausgegangenen Regierung als Kriegsgegner. Der rechtsstehende SPD-Politiker Gustav Noske sah in einer Reichstagsrede die an der Seite der Westmächte kriegführenden »bürgerlichen Revolutionäre« im Gegensatz zu den »friedensfreundlich« gestimmten »proletarischen Massen« und ihren Vertretern in der »sozialistischen Dumafraktion«. ²⁰ Auch das weiterhin nicht nur die Kriegskredit-, sondern auch die Burgfriedenspolitik mittragende gewerkschaftliche *Correspondenzblatt* veröffentlichte im Revolutionsfrühling 1917 Solidaritätszeilen: »Unsere herzlichsten Sympathien begleiten das russische Volk, vor allem die hervorragend tätige Arbeiterschaft zu ihrem Befreiungskampf vom zaristischen Unterdrückungsregiment.« Dass nun die »Schlagkraft der russischen Armee erheblich herabgesetzt« sei, wurde freilich ganz offen als ein Grund der eigenen Anteilnahme benannt. Umso deutlicher wollte sich dieses Hauptblatt der SPD-nahen Gewerkschaften von etwaigem Vorbildcharakter distanzieren, indem dort in unveränderter Frontstellung gegenüber den Westmächten zu lesen war: »Von der in London und Paris erwarteten deutschen Revolution hat sich zwar bisher nichts gezeigt und wird sich auch nichts einstellen«; dennoch waren die russischen Ereignisse auch solcher Wahrnehmung nach »auf die innerpolitische Situation in Deutschland nicht ganz ohne Einfluß geblieben«. ²¹

So wie die Mehrheitsfraktion den Sturz des Zarismus als Erfolg ihrer Kriegskreditpolitik darstellte, zeigte sich nach Aussage von Bernstein die Minderheit »in unserer Haltung durch den Blick nach Osten gestärkt«. ²² Für Ludwig Quessel ²³ – einem der Wortführer des SPD-Revisionismus, seitdem Bernstein der USPD angehörte – war der »Kampf zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der provisorischen Regierung um die Führung

18 AZ vom 10. November 1917, S. 1.

19 Siehe Lösche: Bolschewismus (Anm. 3), S. 100.

20 Protokoll Reichstag, 95. Sitzung vom 29. März 1917, S. 2837 B–C.

21 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 21. April 1917, S. 153.

22 Protokoll Reichstag, 95. Sitzung vom 29. März 1917, S. 2835 A.

23 Die Monografie Ludwig Quessel: Der moderne Sozialismus, Berlin 1919, bezeugt seine programmatischen Ambitionen.

der auswärtigen Politik [...] ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung«.²⁴ Im Unterschied zum westorientierten und auch dadurch als Gegner der Kriegskredite bekannten Bernstein feierte Quessel geradezu das »neue Rußland« und »den demokratischen Sinn des russischen Volkes«.²⁵ Das »werdende Rußland« begleitete er nicht bloß so freundlich, weil »das deutsche Geistesleben in den letzten Jahrzehnten von der russischen Literatur unendlich viel tiefer beeinflusst worden« sei »als von der englischen«; auch umgekehrt habe »deutscher Sozialismus dem Denken keiner andern Bevölkerung so tiefe Spuren eingedrückt wie dem Rußlands«.²⁶ Daraus ergab sich für Quessel angesichts der von Mittel- und Westeuropa abweichenden Sozialstruktur geradewegs »Russlands agrarsozialistische Mission« mit dem Versuch des Anknüpfens an vorgefundene Gestaltungsräume: »Wenn wir nun heute fragen, ob die russische Dorfgemeinde die ihr zugedachte kommunistische Mission erfüllt und eine Scheidung der ehemals leibeigenen Bevölkerung in Arm und Reich verhindert hat, so wird man im allgemeinen die Frage bejahen können.« Als Perspektive formulierte er, »den Agrarkommunismus des Dorfes durch den Geist moderner Genossenschaftlichkeit zur höchsten Stufe der Produktivität zu bringen«. Umgekehrt sollte von bestehenden Privateigentumsverhältnissen die Annäherung der Systeme erfolgen: »Im Westen ist es das ländliche Genossenschaftswesen, das in die Agrarverfassung mehr und mehr den Geist des Sozialismus hineinträgt.«²⁷ Noch zur Jahreswende 1917/1918, also bereits im Wissen um die Oktoberrevolution, zeigte sich Quessel davon beeindruckt, »daß sich auf russischem Boden etwas ganz Neues, in der Geschichte noch nie Dagewesenes abspielt, demgegenüber alle historischen Analogien versagen müssen«. Eine Übertragung von großindustriell vorgeprägten Sozialisierungskonzepten auf russische Agrarverhältnisse hielt er für unrealistisch: »Denn die Idee den Boden im sozialistischen Großbetrieb zu bewirtschaften ist offenbar selbst von den Bolschewiki aufgegeben worden.« Ausdrücklich unterstützte Quessel die »Konstituierung der einzelnen Nationen, die zusammenhängend ein bestimmtes Territorium bewohnen, als Einzelstaaten der russischen Bundesrepublik«; er äußerte keinen Zweifel, »daß die zurzeit bestehende bolschewistische Diktatur nur ein vorübergehender Zustand sein kann«.²⁸ Nachdem sich diese Annahme bis zur Jahresmitte als unzutreffend herausstellte, wurde dieser Beobachter zum Kritiker: »Der Dekretdoktrinarismus der Bolschewisten hat zunächst das wirtschaftliche Leben des Landes völlig lahmgelegt«; es handele sich dabei nicht um die »Diktatur des Proletariats«, sondern um die »Machtregierung einer

24 Ludwig Quessel: Die auswärtige Politik der russischen Revolution, in: SM 23 (1917), H. 12, S. 619–626, Zitat S. 621. Auch der ähnlich denkende Max Cohen: Russische Revolution und deutsche Politik, in: SM 23 (1917), H. 7, S. 353–356, sprach von »weltgeschichtlicher Tragweite« und betonte deutlicher als Quessel »die unbedingte Notwendigkeit einer östlichen Orientierung der deutschen Politik« (S. 353). Wohl nicht zufällig war Cohen bald auch der am meisten für den Einbau von Räteelementen in die Verfassung eintretende SPD-Politiker.

25 Ludwig Quessel: Das neue Russland, in: SM 23 (1917), H. 7, S. 346–352, Zitat S. 351.

26 Ders.: Das werdende Russland, in: SM 23 (1917), H. 19, S. 977–981, Zitat S. 978.

27 Ders.: Russlands agrarsozialistische Mission, in: SM 23 (1917), H. 20/21, S. 1034–1042, Zitate S. 1036 u. 1041 f.

28 Ders.: Der Aufbau des neuen Russlands, in: SM 24 (1918), H. 1, S. 7–12, Zitate S. 7 u. 11 f.

Gruppe«. Gleichzeitig bekundete Quessel aber seine Zuversicht, »daß der Bolschewismus sich zum Reformismus fortentwickelt«. Als Beispiele führte er die Stichworte »Landesverteidigung«, »Agrarfrage« und tendenzielle Rückkehr der abgestuften »Gehalts- und Lohnverhältnisse des modernen Kapitalismus« an.²⁹

Als weiterer exponierter Vertreter der SPD-Revisionisten legte Eduard David in einer Reichstagsrede Anfang Dezember 1917 seine Wahrnehmungsmuster offen. Er verband mit der Tatsache, »daß die *Bolschewiki* heute in Rußland das Heft in der Hand haben«, zunächst noch die Einschätzung, das sei »eine demokratische Regierung«, die »ernstlich zum Frieden bereit ist«.³⁰ Zur öffentlich meistbeachteten Stimme der Mehrheitssozialdemokratie hatte sich inzwischen Philipp Scheidemann profiliert. Er warnte die kaiserliche deutsche Regierung schon im Mai 1917 mit weiterem Verweis auf das »revolutionäre Rußland«, bei mangelnder Bereitschaft zum Frieden »haben Sie die *Revolution im Lande*«.³¹ Von Scheidemann folgt nun zur Charakterisierung der sozialdemokratischen Mehrheitslinie ausnahmsweise eine längere Redepassage, und zwar von einer Dresdener Großveranstaltung wenige Tage nach Bekanntwerden der russischen Oktoberereignisse: »Von den Bolschewiki trennt uns manches, und nie werden wir glauben, daß die Methoden, die sie für richtig halten und die für Rußland vielleicht die richtigen sind, in allen Ländern der Welt schematisch zur Anwendung gelangen sollen. Was uns aber mit Ihnen verbindet, das ist die Gemeinsamkeit des sozialistischen Endziels, und das ist im besonderen der leidenschaftliche Wunsch, mit allen zweckdienlichen Mitteln auf die Beendigung des unsinnigen Völkermordens hinzuwirken. In den russischen Richtungstreit mischen wir uns nicht ein, aber die Sache des Friedens ist die Sache aller internationalen Sozialisten, aller zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter in der ganzen Welt, und zu dieser Sache stehen wir mit jedem, der das gleiche Ziel verfolgt, bis zum äußersten.«³²

Ende November 1917 bekräftigte Scheidemann diesen Standpunkt auch im Reichstagsplenum: »Die *deutsche Arbeiterklasse* begrüßt leidenschaftlich den großen Schritt zum Frieden, den die russische Revolution getan hat.«³³ Auch Friedrich Ebert als der andere SPD-Vorsitzende äußerte sich dort wenige Tage darauf erwartungsvoll: »Das *Friedensangebot der russischen Regierung* ist von der friedenssehnsüchtigen Welt freudig begrüßt. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis des Krieges, den ersten ersten Schritt zum Frieden.«³⁴ Die Würdigung des USPD-Sprechers Hugo Haase als »revolutionärer Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung« wurde um eine weitere Perspektive ergänzt, als er dem Sturz einer mit den Westmächten verbündeten Regierung auch erkenntnisfördernde Kraft zuschrieb: »Die *Veröffentlichung der geheimen Dokumente der Entente* durch die russische revolutionäre Regierung hat bestätigt, was wir im wesent-

29 Ders.: Vom Bolschewismus zum Reformismus, in: SM 24 (1918), H. 12, S. 667–675, Zitate S. 668, 670 u. 674.

30 Protokoll Reichstag, 128. Sitzung vom 1. Dezember 1917, S. 3980 D.

31 Protokoll Reichstag, 109. Sitzung vom 15. Mai 1917, S. 3395 A.

32 Bericht im Vorwärts, 19. November 1917, zit. nach Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 353.

33 Protokoll Reichstag, 127. Sitzung vom 29. November 1917, S. 3950 B–C.

34 Protokoll Reichstag, 128. Sitzung vom 1. Dezember 1917, S. 3972 B–C.

lichen schon wußten und immer behauptet haben, daß der Krieg von der Entente zu imperialistischen Zwecken geführt wird, aber nicht nur von der Entente, sondern drüben wie hüben!«³⁵ Ganz ähnlich griff auch der Wiener sozialdemokratische Historiker (und künftige österreichische Botschafter in Berlin) Ludo Moritz Hartmann die mangelnde Friedensbereitschaft der übrigen Beteiligten scharf an; er lobte in seinem Neujahrsartikel 1918 umso mehr »die Kühnheit, mit der diese Männer der Revolution, die Lenin und Trotzky, die Verantwortung vor der Weltgeschichte auf sich nehmen«.³⁶ Die Wiener *Arbeiter-Zeitung* begrüßte demgemäß eingeleitete »Friedensverhandlungen« mit einem an die 1848er-Tradition erinnernden Pathos, das auch nach Westen hin ausstrahlen sollte: »Die Demokratie ist durch den Sieg der russischen Revolution zur Macht geworden und Frieden schließen kann jetzt nur, wer im Geiste der neuen Macht Frieden schließen will!«³⁷

Gegen die gewaltsame Ausschaltung der russischen parlamentarischen Konstituante im Januar 1918 wandte sich aber das SPD-Parteiorgan *Vorwärts* mit äußerster Schärfe; dies war die entscheidende historische Zäsur nach der Oktoberrevolution: »Damit hat sich ein geschichtliches Ereignis vollzogen, dessen schmerzliche Bedeutung nicht verkannt werden wird. Die bolschewistische Regierung hatte in der Volksvertretung keine Mehrheit gefunden. Da sie auf die *Macht* nicht verzichten wollte, hat sie an dem Parlamente des revolutionären Rußland nicht anders gehandelt wie [sic!] der *Zar* an der Duma.«³⁸ Der spätere preußische Ministerpräsident Otto Braun verdichtete dies kurz darauf bereits zur Abgrenzungsformel: »Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewalttätiger Putschismus und Anarchie. Deshalb müssen wir zwischen die Bolschewiki und uns einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich ziehen.«³⁹ Gleichwohl hob Eduard David unter außenpolitischem Blickwinkel auch noch am 20. Februar 1918 im Reichstag hervor, die »Theorie« der Bolschewiki liefе zwar auf »die Erzeugung einer internationalen Revolution« hinaus und habe gegenüber der russischen »Konstituante« die »Methode der Gewalt, des Terrors« angewandt; aber mangels realistischer Exportchance solcher Politik bleibe die Tatsache, dass die Partei der Bolschewiki als »die einzige Partei in Rußland« zur Macht gelangte, »die das praktische *Programm des Sonderfriedens* mit den Mittelmächten aufzustellen wagte«.⁴⁰ Solcher

35 Ebd., S. 3958 C u. 3959 D.

36 AZ vom 1. Jänner 1918, S. 3 (Ludo M. Hartmann: Verantwortlichkeit).

37 AZ vom 18. Dezember 1917, S. 1. Der britische Historiker Adam Tooze: Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2015, hat jüngst wegen 44 Millionen abgegebenen Stimmen (fast dreimal so viel wie bei den US-Präsidentenwahlen des Vorjahrs) die »Wahl zur russischen konstituierenden Versammlung« im Herbst 1917 als das bis dahin »größte Ereignis in der Geschichte der Demokratie« und als »Meilenstein in der Geschichte der Demokratie des 20. Jahrhunderts« bezeichnet (S. 111 f.). Solche Einstufung, wie auch die Würdigung deutscher Nationalversammlungswahlen im Januar 1919 als »das bei weitem eindrucksvollste demokratische Schauspiel in der ganzen westlichen Welt in der unmittelbaren Nachkriegszeit« (S. 299), spielt die revolutionär inspirierte Massendemokratie gegen den zuvor noch elitär-exklusiven Charakter der westlichen Demokratien aus.

38 Vorwärts vom 21. Januar 1918.

39 Vorwärts vom 15. Februar 1918 (»Die Bolschewiki und wir«).

40 Protokoll Reichstag, 130. Sitzung vom 20. Februar 1918, S. 4007 C–D.

Primat der außenpolitischen Entlastung ließ auch den SPD-*Vorwärts* nach dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk noch von einer – über bolschewistische Mehrheiten in Rätegremien organisierten – »Volksregierung« sprechen, die eine interventionsfreie Chance bekommen sollte.⁴¹

Das in deutscher Übersetzung auch in sozialdemokratischer Presse nachlesbare »Auflösungsdekret« des Sowjetregimes gegen die russische Konstituante wiederholte stichwortprägend mehrfach den Schlüsselbegriff der »*Oktoberrevolution*« und kategorisierte sie als »*Arbeiter- und Bauernrevolution*«. Zur Rechtfertigung wurde in einer mit abgedruckten »Erklärung der Bolschewiki« hervorgehoben: »Die gesetzgebende Versammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ist das Ergebnis des Kräfteverhältnisses, wie es vor der Oktoberrevolution bestand.«⁴² Wenn die russische Frühjahrsrevolution durch Fortsetzung des Krieges diskreditiert war und die Herbstrevolution nun sozusagen über Winter diktatorisch vereiste, blieben für sozialdemokratische Zentristen nur geringe Identifikationschancen: »Es gibt auch in Rußland Sozialdemokraten, die von den Illusionen von rechts und links frei sind. Das sind die Menschewiki-Internationalisten unter der Führung Martows [...]«⁴³ Dass aber sogar der Internationalist Martow, der »mit den Bolschewiki gegen die Koalitionsregierung gekämpft hatte«, nunmehr »auf Lenins Befehl verhaftet« wurde, bedeutete hinsichtlich der neuen Machthaber, »die Gewaltmittel [...] auch gegen revolutionäre Sozialisten anzuwenden«.⁴⁴ Dies urteilte das Parteiorgan in Wien, wo man sich übrigens auch in den Folgejahren keiner ernsthaften politischen Herausforderung durch bolschewistische Gefolgsleute ausgesetzt sah; dort favorisierte man einen dritten Weg nach Art der USPD-Mehrheit.⁴⁵ Denn »der Sozialismus kann nur durch die Demokratie, nicht gegen die Demokratie siegen. Die proletarische Revolution kann nach dem berühmten Worte von Karl *Marx* nur siegen als »Revolution der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit«, nicht als bewaffnete Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. Der Versuch, die Diktatur des industriellen Proletariats gegen den Willen der bauerlichen Volksmehrheit aufzurichten, hat nie anders geendet als mit der Diktatur eines Cromwell, eines Bonaparte oder eines Gambetta.«⁴⁶ Solche Anwendung der Marx'schen Bonapartismusthese auf die Diktatur der Bolschewiki war die theoretische Höchststrafe für eine – sich zuvor noch als linker Flügel der internationalen Sozialdemokratie gebärdende – bolschewistische Kaderpartei, insoweit sie nun schrittweise zur Staatspartei wurde. Aber es war Lenin selbst, der schon 1918 ganz offen eine Gewaltherrschaft folgendermaßen skizzierte: »Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre Dik-

41 Belege bei Jürgen Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeption 1917–1933, München 1992, S. 47 f.

42 AZ vom 22. Jänner 1918, S. 5.

43 AZ vom 10. März 1918, S. 2 (Heinrich Weber: Die Bolschewiki und wir).

44 AZ vom 29. Jänner 1918, S. 1.

45 Allgemein zum Vergleich auch Uli Schöler: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatsklaverei«. Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929), Bd. 1, Münster 1991.

46 AZ vom 24. Jänner 1918, S. 1.

tatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.«⁴⁷

3. Rosa Luxemburgs Kritik und Kautskys Schrift über die russische »Diktatur des Proletariats«⁴⁸

Hingegen machte Rosa Luxemburgs Distanzierung von der Sozialdemokratie – einschließlich der USPD-Mehrheit – im Ersten Weltkrieg sie nicht einfach zur Parteigängerin der Bolschewiki. Im Rahmen der zweiten russischen Revolution von 1917 sprach sie abwechselnd von »Oktoberumsturz«, »Oktober-Aufstand«, »Oktoberumschwung« und insofern ganz ohne Mythos als vierte Begriffsvariante auch von der »Oktoberrevolution«. Die gewaltsame Auflösung des russischen Parlaments nach Machtübernahme der Bolschewiki kritisierte sie mit der Bemerkung: Lenin und Trotzki hätten zu dem »Schluss« kommen sollen, »daß sie eben die verjäherte, also totgeborene konstituierende Versammlung kassierten und ungesäumt Neuwahlen zu einer neuen Konstituante ausschrieben!«.⁴⁹ Rosa Luxemburg bemängelte trotz ihres Verständnisses für die prekäre Lage die Machttaktik der Bolschewiki bei dem Friedensschluss, der Nationalitätenfrage und der Klein-eigentum schaffenden Landverteilung. So kann ihre bekannteste Formulierung als links-sozialistische Kritik an Engführung der von ihr befürworteten »Diktatur des Proletariats« verstanden werden: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.«⁵⁰ Und es folgte danach noch konkreter: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.« Auch wenn sie es nun anders deutete, waren dies Worte, die Rosa Luxemburgs Vorprägung in der Sozialdemokratie bezeugten und von anderen künftig weiter so benutzt werden konnten, indem sie dieses Fazit zog: »Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.«⁵¹

47 N. Lenin [Wladimir Iljitsch Lenin]: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky (1918), in: ders.: Werke, Bd. 28, S. 225–337, Zitat S. 234.

48 Karl Kautsky: Die Diktatur des Proletariats, 2. Aufl. Wien 1918 (Seitenzahlen im Text dieses Abschnitts aus dieser Broschüre; er selbst gibt zu erkennen, die S. 52 am »5. August« geschrieben zu haben).

49 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution (1918), in: Gesammelte Werke. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) 1974, S. 353.

50 Ebd., S. 359.

51 Ebd., S. 362f.; nicht erst mit der Umbenennung zu »Internationalen Kommunisten Deutschlands« im November 1918 außerhalb sozialdemokratischer Traditionslinien stellten sich hingegen z. B. die Bremer Linksradikalen, deren Zeitschrift »Arbeiterpolitik« daher in diesem Kontext unberücksichtigt bleibt.

In theorieorientierter Weise wurde die sozialdemokratische Wahrnehmung wohl am meisten von Karl Kautskys im Sommer 1918 verfasster Broschüre über die russische *Diktatur des Proletariats* geprägt. Dass eine »sozialistische Partei« dort nun »die herrschende geworden« sei, nannte er gegen Ende des Textes »ein ungeheures, für das kämpfende Proletariat glorreiches Ereignis« (S. 59) – und eingangs: ein »gewaltigeres Ereignis als die Besitznahme der Herrschaft über die Stadt Paris durch das Proletariat im März 1871« (S. 3). Aber Kautsky setzte zugleich seinen programmatischen Kontrapunkt: »Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisierung der Produktion, sondern auch demokratische Organisierung der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar verbunden mit der Demokratie.« (S. 5) Überdies hielt er Demokratie für unvereinbar mit jeder »Unterdrückung«, wie es auch schon im Schlusssatz des von Kautsky verfassten grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms der SPD stand und nun in seine Aussage mündete: »Die Demokratie bedeutet Herrschaft der Majorität. Sie bedeutet aber nicht minder Schutz der Minderheit.« (S. 15) Der von Marx nur punktuell verwendete Begriff »Diktatur des Proletariats« konnte nicht seine Herkunft aus der revolutionären Demokratie seit 1848 dementieren: »Die Diktatur war ihm ein Zustand, der bei überwiegendem Proletariat aus der reinen Demokratie notwendig hervorgeht« (S. 21); denn Marx habe ein Jahr nach dem Bekenntnis zur Pariser Kommune für Amerika und England und vielleicht Holland eine Durchsetzung von Zielen der Arbeiterbewegung »auf friedlichem Wege« als möglich erklärt (S. 7). Gestützt auf das Hauptkriterium des Vorhandenseins eines zahlreichen und politisch geschulten Proletariats zog Kautsky die weitergehende Schlussfolgerung: »Je kapitalistischer ein Staat auf der einen Seite, je demokratischer auf der anderen Seite, desto näher steht er dem Sozialismus.« (S. 42) Zwar wollte sich Kautsky von Revolutionsrhetorik, die zur Unzeit und im unpassenden Landeskontext ertönte, ebenso abgrenzen wie von der Beschränkung auf Reformismus, wenn er darlegte: »In der Demokratie denkt und spricht das Proletariat nicht ununterbrochen bloß von der Revolution, wie unter dem Despotismus. Es kann Jahre, ja ganze Jahrzehnte lang in bloßer Kleinarbeit aufgehen, doch schließlich müssen überall immer wieder Situationen auftreten, die revolutionäres Denken und Streben in ihm entzünden.« (S. 19) Aber nicht abrücken wollte er von seiner Definition der Reife zum modernen Sozialismus aus dem Übergewicht der industriellen Arbeiterschaft, wovon er Russland noch weit entfernt sah: »Wenn das heutige Rußland soviel Ähnlichkeit mit dem Frankreich von 1793 aufweist, so beweist das nur, wie nahe es dem Stadium der bürgerlichen Revolution steht.« (S. 25)⁵² Damit fiel er aber hinter seine eigene These von 1907 zurück, dass die russische Revolutionsentwicklung in »keine bisherige Schablone paßt«.⁵³

Aus seiner geschichtstheoretischen Retrospektive insistierte Kautsky, das sozialstatistische »Übergewicht der Bauernschaft« zeige »den *bürgerlichen* Charakter dieser Revolu-

52 Diese Parallele und die bolschewistische Bezugnahme auf die Pariser Kommune von 1871 führte in Frankreich zu einer unter Sozialisten nachwirkend günstigeren Beurteilung, so Heinrich August Winkler: *Demokratie oder Bürgerkrieg. Die russische Oktoberrevolution als Problem der deutschen Sozialdemokraten und der französischen Sozialisten*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (im Folgenden: VfZ) 47 (1999), H. 1, S. 1–23, hier S. 19 f.

53 Kautsky: *Triebkräfte* (Anm. 17).

tion« und gleichzeitig eine politische Tendenz zu einer »Diktatur der *Bauern*« (S. 52). Die ökonomische Zuweisung der Bauernschaft an die »bürgerliche« Formation der Revolution resultierte für ihn aus der strukturellen Bindung an die Eigentumsordnung: »Das Interesse des Bauern an der Revolution erlischt daher, sobald sein neues Privateigentum gesichert ist.« (S. 51) Wo die Gefahr einer Abschnürung der städtischen Arbeiterschaft von der Nahrungsmittelversorgung im Hintergrund stand, wies Kautsky dem bolschewistischen Diktaturregime eine nachgeordnete Verantwortung zu: »Die Hungersnot ist nicht durch die Diktatur geschaffen, sondern durch die Mißwirtschaft des Zarismus und den Krieg. Aber daß sich Landwirtschaft und Transportwesen in dem Halbjahr nach dem Frieden so wenig erholten, ist eine Folge des Bürgerkrieges.« (S. 55) Als hochriskant stufte er das Kalkül ein, die innere Not gewissermaßen durch Revolutionsexport auffangen zu können: »Die bolschewistische Revolution war aufgebaut auf der Voraussetzung, daß sie den Ausgangspunkt bilde zu einer allgemeinen europäischen Revolution.« (S. 28) Zwar wusste Kautsky um die historische Erblast, »daß der Kampf gegen den Zarismus geheimzuführen war, die Verschwörung entwickelt aber die Sitten und Gewohnheiten der Diktatur, nicht der Demokratie« (S. 58). Somit galt für ihn: »Die Diktatur als Regierungsform ist in Rußland ebenso begreiflich wie ehemals der bakunistische Anarchismus. Aber begreifen heißt noch nicht anerkennen, wir müssen jene ebenso entschieden ablehnen wie diesen.« (S. 63)

Ein wesentlicher Anknüpfungspunkt aus der ersten russischen Revolution von 1905 war Kautsky durchaus bewusst, wenn er konstatierte: »Als die zweite russische Revolution im März 1917 ausbrach, erstand auch sofort wieder die Sowjetorganisation«, und zwar in Rätegremien auf »höherer Grundlage«, nämlich stärker überregional ausgreifend (S. 31). Unter Verweis auf die englischen »*shop stewards*« versprach er sich darüber hinaus sogar für bevorstehende »Massenkämpfe« jenseits der Organisationsroutine einen Mobilisierungsimpuls, indem er prognostizierte: »Gewerkschafter wie Parlamentarier können hier vermöge ihrer Erfahrungen und ihres Wissens erfolgreich wirken, die eigentliche Leitung wird immer mehr den Betriebsvertretungen, den Arbeiterräten zufallen.« (S. 32) Den entscheidenden Missgriff der Bolschewiki erblickte Kautsky somit zunächst in deren Konzeption, die Arbeiterräte von einer »*Kampforganisation*« zur »*Staatsorganisation*« umfunktioniert zu haben. Das war für ihn die historische Bruchstelle, die er auch terminologisch anhand des neuen Parteiamens (seit März 1918) fixierte: »Dementsprechend hörten die Bolschewiki auf, sich Sozialdemokraten zu nennen. Sie bezeichnen sich als *Kommunisten*.« (S. 33) Hätten die Bolschewiki statt ihres Gewaltakts gegen die Konstituante in Neuwahlen die Mehrheit erobert, »die gesamte Internationale des kämpfenden Proletariats würde sich einmütig und mit voller Macht hinter sie stellen« (S. 38), so die These Kautskys. Unter den Bedingungen einer Diktatur hielt er die Informationsbasis für defizitär: »Da die Freiheit der Presse und des Wortes fehlt, kein zentraler Repräsentativkörper vorhanden ist, [...] werden wir von rechts und links mit Nachrichten überschüttet, die einander widersprechen, und müssen ihnen allen zunächst mit Mißtrauen gegenüberstehen.« (S. 53 f.)

4. Fazit und Ausblick

Sogar der österreichische Cheftheoretiker Otto Bauer, der auf die Oktoberrevolution nachhaltig erwartungsvoller als Kautsky blickte, hat die Frühjahrsrevolution als wesentliche historische Zäsur hervorgehoben. Denn es sei der zuvor von imperialistischen Gegensätzen angetriebene Weltkrieg »seit dem Zusammenbruch des Zarismus im März 1917 und seit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg zu einem Kampf zweier politischer Systeme geworden [...] Drüben die Demokratie, hüben der Obrigkeitsstaat – das war der Gegensatz der herrschenden Ideologien.«⁵⁴ So wie für die DDR-Geschichtsschreibung bis zuletzt mit der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« die eigentliche »Weltenwende 1917« verbunden blieb,⁵⁵ sprach man in der bundesdeutschen Historiografie zuweilen von einer »Weltwende 1917«.⁵⁶ Der überhaupt erste Text in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* ging von der Grundthese aus, »daß etwa mit den Jahren 1917/18 eine neue universalgeschichtliche Epoche sich abzuzeichnen begonnen hat«. Doch folgte dies wohlgemerkt 1953 auch wesentlich dem Polaritätsmuster des Kalten Krieges, wenn hinzugefügt wurde: »Schon 1918 ist im Grunde die Antithese Washington–Moskau eine sehr reale gewesen.«⁵⁷ Das mutet zwar als Rückprojektion aus der Periode der Blockkonfrontation an; doch auch bereits zeitgenössisch war z. B. im Parteiorgan der französischen Sozialisten etwas von der Alternative »Wilson oder Lenin« zu lesen,⁵⁸ noch auf die bald an Grenzen stoßenden Völkerbundideen des US-Präsidenten bauend. Gegen USPD-Strömungen, die statt der westlichen Demokratiemodelle die Rätekonzepte favorisierten, wandte der aus Österreich herstammende *Vorwärts*-Chefredakteur Friedrich Stampfer ein, »daß auch die Räteherrschaft in Rußland schon wieder *der Geschichte angehört*. Wahlen werden nur noch zum Schein vollzogen und die Räte sind machtlos. Macht hat allein die bolschewistische Parteileitung, die sich auf die Rote Armee, eine streng disziplinierte Söldnertruppe, stützt. Das Rätesystem war in Rußland nur ein Mittel des Übergangs von der ungewohnten Demokratie zurück zur gewohnten Despotie.«⁵⁹ Insofern gilt nur für die politische Alltagskommunikation einschließlich der Tagespresse, was in einschlägiger Sekundärliteratur zu lesen ist: »Die geläufige Assoziation zu ›Bolschewismus‹ war ›Chaos‹ und noch nicht Diktatur.«⁶⁰ Zutreffend ist aber, dass sich durch *beide* Komponenten die Oktoberrevolution mit wachsender Distanz in

54 Otto Bauer: Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 109.

55 Heinz Abraham: Weltwende 1917. Der Kampf der Bolschewiki um die Gewinnung der Massen vor und während der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin (Ost) 1987.

56 Hellmuth Rößler (Hg.): Weltwende 1917. Monarchie – Weltrevolution – Demokratie, Göttingen 1965.

57 Hans Rothfels: Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), H. 1, S. 1–8, Zitate S. 6f.

58 So wurde Albert Thomas von Hugo Preuß: Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat (1918), in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Tübingen 2008, S. 73–75, aus »L'Humanité« zitiert (S. 74); dieser Artikel war der Berufung des sozialliberalen Demokraten Preuß zum Verfassungsbeauftragten einer SPD/USPD-Revolutionsregierung förderlich.

59 Friedrich Stampfer: Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus. Eine kritische Untersuchung der Reichsverfassung vom 11. August 1919, Berlin 1919, S. 20.

60 Zarusky: Sozialdemokraten (Anm. 41), S. 93.

der SPD-Sicht »zu einer Art negativem Mythos verfestigte«.⁶¹ In umgekehrter Richtung förderte auf dem linken USPD-Flügel ein positiver Mythos der Oktoberrevolution die Bereitschaft zum Beitritt in die Kommunistische Internationale. Beides löste sich immer mehr vom konkreten Rückblick auf die russischen Geschehnisse des Herbstes 1917 und hatte daher mit deren »Wahrnehmung« im Verständnis dieses Beitrags nicht mehr viel zu tun.

Der Vortrag wurde am 13. April 2016 im Rahmen der Reihe »Talking about a revolution! Die Oktoberrevolution: Geschichte – Instrumentalisierung – Rezeption« gehalten und ist nachzuhören unter:

<http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/oktoberrevolution-lehnert>



61 Lösche: Bolschewismus (Anm. 3), S. 138.